

Neue VV Mehrarbeit schafft nur Ärger und Verdruss



**(Harry Wunschel)
Kann der vlbs den Kolleginnen und Kollegen nach dem Inkrafttreten der neuen**

Verwaltungsvorschrift (VV) „Mehrarbeit im Schuldienst“ empfehlen, für regelmäßige Mehrarbeit im Rahmen von PES bzw. EQuL oder Mehrarbeit über 3 Wochenstunden im Monat hinaus (weiterhin) zur Verfügung zu stehen?

Unter den derzeit bekannten Bedingungen für die Ausgestaltung dieser VV muss der vlbs dies für die überwiegende Zahl der Betroffenen verneinen.

Egal ob die Mehrarbeitsstunden später abgebaut oder nach einem Jahr ausbezahlt werden: Jede ausgefallene Unterrichtsstunde, wie z. B. bei Klassenfahrten und nach Entlassung von Klassen, wird der erbrachten Mehrarbeit ein Jahr lang gegengerechnet.

Es ist dabei nicht von Belang, dass man selbst nicht für den Unterrichtsausfall verantwortlich ist und die zur Verfügung gestellte Arbeitskraft nur nicht abgerufen wird.

Neben dem vlbs hat sich auch der Hauptpersonalrat gegen diese neue Regelung bis in die Einigungsstelle heftig gewehrt, leider vergeblich.

Dabei wird selbst im Bildungsministerium bestätigt, dass es zur Sicherung der Unterrichtsversorgung notwendig ist, auf die in den BBS bereits unterrichtenden Lehrkräfte zurückzugreifen, da dringend benötigte, qualifizierte

Lehrkräfte in vielen beruflichen Fächern nicht zur Verfügung stehen.

Nach Aussage von Bildungsministerin Dr. Hubig leisten die BBS-Lehrkräfte jährlich Mehrarbeit in einer Größenordnung von etwa 180 Vollzeitlehrkräfteeinheiten. Wenn alle diese Lehrkräfte auf eine Mehrarbeit verzichten, könnte die politisch gesetzte Zahl für den Unterrichtsausfall (2,9 Prozent im letzten Schuljahr) nicht mehr gehalten werden.

Da eine schlechte Unterrichtsversorgung weder im Interesse der Schulbehörden, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, der Betriebe noch der Kolleginnen und Kollegen ist, sollte auf die bisherige Regelung wieder zurückgegriffen werden können. Zur juristischen Absicherung müsste nur eine kleine Gesetzesänderung im Landesbeamtengesetz auf den Weg gebracht werden.

Von den Juristen im Bildungsministerium wird herausgestellt, dass diese Regelung im Verwaltungsbereich schon seit Jahren Normalität ist und sich nur die Schulen dagegen wehren. Dabei muss angemerkt werden, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte nicht nur die 24 Stunden Unterrichtszeit pro Woche umfasst.

Wenn eine Unterrichtsstunde ausfällt, wird diese Zeit für außerunterrichtliche Tätigkeiten genutzt und ist nicht wie im Verwaltungsbereich automatisch Freizeit.

Zumindest müssen die Regelungen, welche der oberste Jurist im Ministerium für Bildung, Herr Dr. Thews, in seinem EPOS-Brief vom 26.05.2017 im Zusammenhang mit der Arbeitszeitdokumentation beschrieben hat, für eine sichere und flexible Handhabung bei vorhandenen Mehrarbeitsstunden umgesetzt werden dürfen.

Mit diesem Schreiben wurde zum ersten Mal anerkannt, dass nicht nur Unterrichtsstunden miteinander verrechnet werden müssen.

Ausgefallenen Stunden „können entweder durch eine Verrechnung mit zuvor geleisteter Mehrarbeit ... ausgeglichen werden oder aber durch die Wahrnehmung anderer schulischer Aufgaben, z. B. ... Erledigung von schulinternen Verwaltungsaufgaben, Vorbereitung und Durchführung von Schulveranstaltungen, Betreuung von Sammlungen, Datenbeständen und Büchereien, Inventarbestandsaufnahme.“

Die aktuelle VV Mehrarbeit gibt in Punkt 2.6 ebenso einen Hinweis darauf: „... wenn während der Freistunden auf Anordnung der Schulleiterin oder des Schulleiters dienstliche Aufgaben ... oder Aufgaben im dienstlichen Interesse ... wahrgenommen werden“ und dokumentiert werden, greift kein Stundenabzug bei den Mehrarbeitsstunden.

Die Verwaltungsvorschrift vom 25.05.2018 „Mehrarbeit im Schuldienst“ des Ministeriums für Bildung ist gültig seit dem 01.08.2018 und unter www.landesrecht.rlp.de, Aktenzeichen: 9215 Tgb.Nr. 6172/18, zu finden.

In dieser Ausgabe:

Neue VV Mehrarbeit schafft nur Ärger und Verdruss Titelseite

Der vlbs im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion Seite 34 bis 35

IN KÜRZE

BV Koblenz: Digitale Bildung – Das Notebook im Unterricht Seite 35 bis 36

Bezirksvertreterversammlung im BV Trier Seite 36

Der vlbs im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

(MP) Im Rahmen des kontinuierlichen Meinungs- und Informationsaustausches sprach der vlbs mit Vertreterinnen und Vertretern der CDU-Landtagsfraktion über die Themen Initiative Berufsbildung 4.0, Zukunft der beruflichen Gymnasien, fehlende Lehrkräfte mit beruflichen Fächern und Einweisungsmöglichkeiten in das Amt der Fachlehrkraft mit beratenden Aufgaben.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Anke Beilstein, bedankte sich beim vlbs für die Informationen, die sie auch im Parlament einbringen kann. So konnte z.B. auf Basis einer vlbs-Pressemeldung zum Thema Unterrichtsversorgung eine kleine Anfrage im Landtag gestellt werden.

Zur Initiative Berufsbildung 4.0 ist Frau Beilstein der Ansicht, dass der Zeitdruck zur Umsetzung recht hoch sei, denn das Equipment müsse bereitgestellt und die Lehrkräfte entsprechend weitergebildet werden. Durch den Einsatz von modernen Medien steige auch die Attraktivität der beruflichen Bildung.

Harry Wunschel beklagte, dass die berufsbildenden Schulen in der Digitalstrategie der Landesregierung nicht vorkommen. Für ihn sei es dringend geboten, dass deutlich mehr finanzielle Mittel für die Berufsbildung 4.0 bereitgestellt werden. Nach dem Vorbild der Lernfabriken an BBS in Baden-Württemberg müssten mindestens drei Standorte in Rheinland-Pfalz entsprechend ausgestattet werden.

Einen Schulversuch zu dieser Problematik mit Bündelung verschiedener Einzelmaßnahmen erachtet er als notwendig. Begleitend müsste ein entsprechendes Weiterbildungsangebot deutlich ausgeweitet werden.

Für Kristelina Toneva ist es wichtig, dass Lernfabriken an BBS nach baden-württembergischen Vorbild auf rheinland-pfälzische Verhältnisse angepasst werden, denn im Gegensatz zum Nachbarland gebe es in Rheinland-Pfalz nur wenige Großbetriebe.

Anke Beilstein ergänzte, dass die Einrichtungen dann nicht nur von den BBS genutzt werden könnten, sondern



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gespräches mit der CDU. Von Seiten der CDU Landtagsfraktion (v.l.n.r.) Kristelina Toneva, Guido Ernst, Anke Beilstein (5.v.l.), Thomas Barth (6.v.l.). Von Seiten des vlbs (v.r.n.l.) Christoph Ringhoffer, Andreas Hoffmann, Markus Penner, Andrea Wagner, Harry Wunschel.

von allen an der Ausbildung Beteiligten. Lediglich Medienscouts auszubilden, damit es mit der Digitalisierung voran geht, sei wohl nicht der richtige Weg.

Dem Erhalt der beruflichen Bildung in der Fläche misst Christoph Ringhoffer eine besondere Bedeutung zu. Durch fehlende moderne Ausstattung der Schulen könnte die Ausbildung nicht mehr überall gesichert werden. Werde die berufliche Bildung dadurch auf dem Land aufgegeben, würden langfristig auch die Arbeitsplätze abwandern.

Es gehe doch darum, das Land voran zu bringen und dazu bräuchten die einzelnen Regionen eine entsprechende Förderung, so der Landesgeschäftsführer.

Anke Beilstein ergänzte, dass durch eine solche Entwicklung die Berufswahl der jungen Menschen eingeschränkt werde. Um dennoch mobil zu bleiben, könnte im ländlichen Raum ein Führerschein ab 16 Jahren eingeführt werden, der dann allerdings auf den Ausbildungsort beschränkt bliebe.

Thomas Barth berichtete, dass die Landesregierung die Auffassung vertrete, Lernfabriken seien nicht nötig, da in der Digitalisierungsstrategie schon alles enthalten sei.

Für die CDU sei die Thematik sehr wichtig und sie lege immer wieder den „Finger in die Wunde“, versuche

entsprechende Landtagsanträge einzubringen und auch über die Kammern Einfluss zu nehmen, so Anke Beilstein.

Zum Thema Unterrichtsversorgung berichtete Harry Wunschel, dass viele Stellen, insbesondere in den berufsbezogenen Fächern, entgegen der Aussage der Bildungsministerin, nicht besetzt werden können. Um die Unterrichtsversorgung zu verbessern, leistet statistisch jede Lehrkraft an berufsbildenden Schulen im Jahr etwa 0,9 Unterrichtsstunden Mehrarbeit, das seien in der Summe etwa 180 Vollzeitlehrkräfteinheiten.

Die bisherigen Werbemaßnahmen hätten keinen Erfolg gezeigt und so stelle sich die Frage, wie das BBS-Lehramt gestärkt werden könne. Eine Möglichkeit sieht Harry Wunschel in der Erhöhung der Bezüge von Referendarinnen und Referendaren mit Mangelfächern.

Das Referendariat ist gerade für Quereinsteiger, die aus einer anderen beruflichen Tätigkeit kommen und schon Familie haben, ein finanzielles Nadelöhr. Die Ministerin lehnt allerdings eine bessere Bezahlung ab.

Eine Verschlechterung der Attraktivität liege auch an der Erhöhung der Unterrichtsstunden im Referendariat von früher sechs auf heute zehn Unterrichtsstunden. Daraus resultieren sehr viele Unterrichtsstunden, für die keine zusätzliche Lehrkraft eingestellt werden müsse. Das sei nicht in Ordnung, so Christoph Ringhoffer.

IN KÜRZE

(MP) Der jährliche Bildungsbericht der OECD „Education at a Glance / Bildung auf einen Blick“ bescheinigt der beruflichen Bildung in Deutschland einen hohen Stellenwert für das Bildungssystem. Das ist nach Jahrzehnten, in denen gerade die OECD vor allem das Studium als Königsweg beruflicher Qualifizierung beworben hat, ein wichtiger Schritt hin zu mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung. Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichermaßen Wege in ein später erfolgreiches und erfülltes Berufsleben. Solange aber Eltern enttäuscht sind, wenn ihre Kinder kein Abitur machen und nicht studieren, so lange muss daran gearbeitet werden, dass sich der Weg ins Handwerk lohnt und sich dort viel erreichen und gestalten lässt, so der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Holger Schwannecke. Die Autoren des OECD-Berichtes kritisieren allerdings noch immer, dass Deutschland zu wenig Absolventen im Bereich der Hochschulen, Berufsakademien, Fachakademien bzw. Fachschulen hat, zählen aber nicht nur Akademiker, sondern auch gleichwertig Qualifizierte der Höheren Berufsbildung, wie Meister und Techniker, dazu. *Quelle: ZDH, 11.09.2018*

Über die Hälfte der Auszubildenden muss nach der Arbeit für den Betrieb erreichbar sein, mehr als ein Drittel der Befragten leistet regelmäßig Überstunden, jeder Vierte macht Schichtarbeit. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung, an der sich 14.959 Auszubildende aus den laut Bundesinstitut für Berufsbildung 25 häufigsten Ausbildungsberufen beteiligt haben. Zwar sind immer noch ca. 70 Prozent der Auszubildenden mit ihrer Ausbildung zufrieden, die Tendenz sinkt jedoch und es gibt erhebliche Branchenunterschiede. Verwaltungsfachangestellte, Mechatroniker und Industriemechaniker sind überdurchschnittlich zufrieden. Dagegen bewerten Hotelfachleute, Zahnmedizinische Fachangestellte sowie Auszubildende im Einzelhandel und in Teilen des Handwerks ihre Betriebe mit mangelhaft. Hier sind die Abbruchquoten hoch und die Arbeitgeber haben Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen, so der Jugendreferent des DGB, Daniel Gimpel. *Quelle: Bundesweit Pressemeldung Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), 04.09.2018*

Da die Besoldung nach dem Referendariat in anderen Bundesländern besser ist, wandern zudem zahlreiche Lehrkräfte nach ihrer Ausbildung in benachbarte Bundesländer ab.

Einen kleinen Erfolg sieht der vlbs in der Akzeptanz von Lehrkräften mit zwei beruflichen Fächern, die mittlerweile eingestellt werden.

Zum Thema Einweisungsmöglichkeiten in das Amt der Fachlehrkraft mit beratenden Aufgaben berichtete Harry Wunschel, dass zurzeit entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten für Fachpraxislehrkräfte fehlen. Nun wurde bekannt, dass es insgesamt 28 offene Stellen dafür gibt. Da sie im Haushalt vorhanden seien, sollten sie auch zeitnah besetzt werden, so Harry Wunschel.

Die CDU ist an der Problematik der Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte für Fachpraxis ebenso interessiert wie an den Zahlen des Unterrichtsausfalls. Auch das Fehlen von Lehrkräften in Mangelfächern will die Fraktion im Blick behalten. Anke Beilstein betonte, dass die Beseitigung dieser Missstände ein Zeichen von Wertschätzung sei, welches vom

Land gegeben werden müsse. Die Landesregierung solle von sich aus dafür sorgen, dass offene Stellen im Bereich der Aufstiegsmöglichkeiten besetzt werden und dies nicht erst von außen angestoßen werden müsse. Im Haushalt vorhandene Stellen sollten grundsätzlich besetzt werden, so die bildungspolitische Sprecherin.

Mit Blick auf die Zukunft der beruflichen Gymnasien und die Schwierigkeit der Klassenbildung an Standorten, wo es integrierte Gesamtschulen gibt, berichtete Anke Beilstein von einer neuen Anfrage der CDU. Dort soll die Frage nach der Entwicklung der Oberstufen in den letzten acht Jahren gestellt werden. So möchte die CDU konkrete Zahlen erhalten, auf deren Basis weiter argumentiert werden kann.

Gegen Ende des Gesprächs wurden noch die Themen BVJ-I Klassen mit leider oft fehlenden Förderschullehrkräften und die geplante generalisierte Pflegeausbildung mit ihren starken Problemen hinsichtlich ihrer Umsetzung angesprochen.

Harry Wunschel bedankte sich für das konstruktive Gespräch und sicherte die entsprechenden Informationen zu.

BV Koblenz: Digitale Bildung – Das Notebook im Unterricht



Der langjährige Schulleiter der BBS Westerbürg, Joachim Dell, während seiner Ausführungen zum Thema Digitale Bildung.

(Uschi Killing) Am 30.08.2018 fand in den Räumen der August-Horch-Schule in Andernach die zweite einer Reihe von Veranstaltungen des Bezirksverbandes Koblenz zum Thema „Digitale Bildung“ statt.

Als Referent konnte Joachim Dell, langjähriger Schulleiter der BBS Westerbürg, gewonnen werden. Mit der Übernahme der Schulleitung in Westerbürg traf Joachim Dell schon vor Jahren Maßnahmen zur Förderung des eigenständigen Lernens von Schülerinnen und Schülern.

Hintergrund hierfür war die Erkenntnis, dass das Bild von Schule und Lernen auch heute noch an kleinschrittige Prozesse aus einer längst vergangenen Arbeitswelt geknüpft ist.

Dementsprechend machen Schülerinnen und Schüler in den ersten zehn Schuljahren die Erfahrung: „Lernen ist eine Leistung, die bezahlt wird.“ Mit dieser Haltung kommen, so Joachim Dell, die Lernenden in den berufsbildenden Schulen an.

Auf die Frage: „Was brauchen Schülerinnen und Schüler morgen?“ gibt es für Joachim Dell klare Antworten. Schülerinnen und Schüler sollen in der

Lage sein, eigenständig, nachhaltig und lebensbegleitend zu lernen. Es geht nicht nur um die Vermittlung von Wissen, sondern auch um das Verstehen und das Anwenden. Vor allem aber geht es um die Fähigkeit der Lernenden, selbstständig Probleme lösen zu können.

Bereits 2002 wurde mit der Einführung von Notebooks in den Unterrichtsalltag der BBS Westerburg ein wichtiger Schritt in diese Richtung und zur Förderung des eigenständigen Lernens getan. Schülerinnen und Schüler werden so in die Lage versetzt, selbst zu recherchieren.

In der Kombination mit einem entsprechenden didaktischen Konzept (u.a. problemorientierten Lernaufgaben) wird eigenständiges Arbeiten und Lernen ermöglicht.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen im pädagogischen Alltag sieht Joachim Dell in der ständigen Verfügbarkeit der Notebooks und des Internets nach dem Prinzip des freien Zugangs.

Eine zentrale Rolle spielen dabei auch schülereigene Laptops, welche seit nunmehr 15 Jahren zum Lernen und Recherchieren sowie bei Leistungsnachweisen genutzt werden.

Zudem verfügen Lehrkräfte und Lernende auf der Basis eines Rahmenvertrags mit Microsoft stets über die aktuellste Version des Microsoft „Office-Pakets“.

Für den Austausch von Materialien wird in den verschiedenen Schulformen die Plattform Moodle genutzt und aufgrund der Zusammenarbeit

mit der Firma Datev haben beispielsweise die Klassen der Steuerfachangestellten jederzeit freien Zugang auf die Datev-Software.

Joachim Dell räumt dabei allerdings auch ein, dass die Rahmenbedingungen hinsichtlich der Ausstattung und der Kosten im Westerwaldkreis im Vergleich zu anderen Standorten eher günstig sind.

Zusammenfassend betonte Joachim Dell, dass digitale Medien, ob Notebook, Smartphone oder Tablet, die Werkzeuge von morgen im Schulalltag darstellen. Es gilt, Lernende auf die Arbeitswelt von morgen vorzubereiten, einer Welt mit intelligenten Maschinen, vernetzten Gesamtsystemen – einer Arbeitswelt 4.0. „Schulen müssen ein Spiegelbild der Arbeitswelt werden.“

Bezirksvertreterversammlung im BV Trier



Der neu gewählte Vorstand des Bezirksverbandes Trier (v.l.n.r.): Horst Engel (Beisitzer, OV Prüm), Andrea Wagner (Vorsitzende, OV Bernkastel-Kues), Holger Härstel (Beisitzer, OV Saarburg), Robert Arckel (Beisitzer, OV Trier), Frank Schmitz (Beisitzer, OV Trier), Mareike Schumacher (stellvertretende Vorsitzende, OV Trier), Christian Schulte (Beisitzer, OV Trier), Thomas Port (Beisitzer, OV Prüm), Andreas Cartarius (Schriftführer, OV Prüm), Marcus Niesen (Kassierer, OV Bitburg)

(Andrea Wagner) Am 5. September 2018 fand die Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes Trier statt.

Zu der Versammlung begrüßte Andrea Wagner die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Ortsverbände.

Die Schwerpunkte auf der Tagesordnung waren zum einen die Neuwahlen des Bezirksvorstandes, zum anderen das Referat des Landesvorsitzenden Harry Wunschel zu aktuellen Themen aus der Schulpolitik.

Als geselliger Höhepunkt rundete die anschließende VIP-Kuratorenführung

durch die Karl-Marx-Ausstellung im bereits geschlossenen Landesmuseum die Veranstaltung ab.

Andrea Wagner informierte in ihrem Tätigkeitsbericht, bezogen auf die letzten drei Jahre, über Themenschwerpunkte der Bezirksvorstandssitzungen und wies auf die durchgeführten Informationsveranstaltungen zu den Themen „Neue Medien/Soziale Netzwerke“ und „Beihilferecht“ sowie auf den „Theatersport“ und die Ausstellungsbesuche zu den „Schätzen Kaiser Neros“ als gesellige Veranstaltungen hin.

Im Anschluss an die Vertreterversammlung führte ein Kurator durch

die kulturhistorische Ausstellung „Karl Marx - Leben. Werk. Zeit.“ mit über 400 Exponaten.

Zurückversetzt ins 19. Jahrhundert mit seinen, durch Freiheits- und Demokratiebestrebungen bedingten, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bezirksverbandes Trier einen interessanten Einblick in die intellektuelle Welt und den politischen Werdegang von Karl Marx.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.